

## **Antrag**

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

### **Aufklärungsquote bei Fahrraddiebstählen erhöhen – Aktionsprogramm „Diebstahlschutz Fahrrad“ initiieren**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert zur Eindämmung des Fahrraddiebstahls ein Aktionsprogramm „Diebstahlschutz Fahrrad“ zu initiieren, welches mindestens die folgenden Maßnahmen umfasst:

- Einrichtung einer eigenen stadtweiten zuständigen Ermittlungsgruppe (EG) Fahrraddiebstahl beim Landeskriminalamt. Diese ist durch Bündelung von Ressourcen mit ausreichend Stellen auszustatten, um die Aufklärungsquote bei Fahrraddiebstählen deutlich zu erhöhen, insbesondere durch die Bekämpfung bandenmäßiger Strukturen. Neben der zentralen Zusammenführung von Informationen, braucht es eine Verbesserung der Auswertung, um bandenmäßige Strukturen, regionale Schwerpunkte, Tatmuster und Absatzwege zu erkennen.
- Die Aufklärungsarbeit im Deliktfeld Fahrraddiebstahl in den einzelnen Direktionen muss evaluiert werden mit dem Ziel, Maßnahmen zur schnellen und effektiven Verfolgung von Fahrraddieben gezielt zu verbessern. Die Fortbildungen zur Aufklärung von Fahrraddiebstählen soll gestärkt werden.
- Die internationale Zusammenarbeit und die nationale Vernetzung mit Bundespolizei und anderen Landespolizeien zur grenzüberschreitenden Verfolgung von Fahrraddiebstählen, bzw. zur Aufklärung des Handels mit gestohlenen Fahrrädern soll ausgebaut werden. Dazu soll die Senatsinnenverwaltung geeignete Initiativen ergreifen, wie u.a. Vernetzungstreffen zur Aufklärung von Fahrraddiebstählen.
- In den örtlichen Polizeidirektionen sind lageabhängig an bekannten Diebstahlschwerpunkten Schwerpunkteinsätze, auch unter Einsatz von

Zivilpolizist:innen, durchzuführen.

- Der Einsatz von GPS-Technik als Hilfsmittel im Rahmen der Bekämpfung des Fahrraddiebstahls (sog. Lockfahrräder zur Nachverfolgung bei unbefugter Wegnahme) soll als gezieltes polizeiliches Instrument eingesetzt werden. Eine spezielle Ermächtigungsgrundlage soll dabei im ASOG geschaffen werden.
- Soweit möglich, sollten Abstellanlagen, an denen Fahrräder in der Regel über Nacht stehen, in der polizeilichen Einsatzkonzeption für Streifendienste berücksichtigt werden.
- Die städtebauliche Kriminalprävention soll mit Fokus auf Fahrraddiebstahl gestärkt und die damit verbundene themenbezogene Netzwerkarbeit intensiviert werden.
- Auf Flohmärkten und Internetportalen sollen bei Anhaltspunkten oder Auffälligkeiten Anbietende von gebrauchten Fahrrädern überprüft werden.
- Die erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit durch kostenfreie Codierungsangebote durch die Berliner Polizei soll fortgeführt und gleichzeitig darauf hingewirkt werden, Fahrraddiebstähle anzuzeigen. Betroffenen soll nachvollziehbar vermittelt werden, dass es sinnvoll ist, den Diebstahl zu melden um Präventions- und Repressionsstrategien verbessern zu können.

Dem Abgeordnetenhaus ist sechs Monate nach Beschlussfassung über die Umsetzung der Maßnahmen zu berichten.

### ***Begründung***

In Berlin wurden in den vergangenen Jahren jedes Jahr knapp 30.000 Fahrräder gestohlen. Die Aufklärungsquote bei Raddiebstählen lag 2021 bei 4,6 Prozent, 2022 sogar nur noch bei 3,9 Prozent. Besonders enorm ist der Anstieg der Schadenswerte. 2022 entstand alleine durch Fahrraddiebstähle in Berlin ein Gesamtschaden von 29,3 Millionen Euro (PKS 2022). Der durchschnittliche Schadenswert stieg von 730 Euro im Jahr 2019 auf über 1.000 Euro im Jahr 2022. Mit der Anschaffung von Lastenrädern, E-Bikes und Pedelecs nimmt die Anzahl an höherwertigen Fahrrädern in Berlin zu, daher ist anzunehmen, dass diese Entwicklung in den nächsten Jahren anhält.

Andere Städte wie München, Hamburg oder Oldenburg haben im Vergleich höhere Aufklärungsquoten und beweisen, dass die Verfolgung von Fahrraddiebstählen nicht allein auf Zufallsfunden beruht. Alle diese Städte haben eigene Ermittlungsgruppen. Berlin hat im zweiten Quartal 2020 eine Koordinierungsstelle Fahrrad (KoSt Fahrrad) im Landeskriminalamt Berlin (LKA) gegründet. Diese ist ein anlassbezogen zusammenkommendes strategisches Gremium der Polizei Berlin, deren Mitglieder die Aufgabe als Zuzugelaufgabe wahrnehmen. Stellen sind somit nicht vorgesehen. Die KoSt Fahrrad ist in den Bereichen Strategie, Lage, Einsatz, Grundsatz, Prävention durch Vertretende des LKA und der Landespolizeidirektion besetzt, die auch untereinander regelmäßig im Austausch stehen. Die Hauptaufgabe der KoSt Fahrrad liegt in der Informationsanalyse und -bewertung (s. Drucksache 19/12 449, S. 22). Operative Ermittlungstätigkeiten verbleiben somit vollständig in den örtlichen Direktionen und Abschnitten. Eine stadtweite Verfolgung von Fahrraddiebstählen ist somit erschwert.

Viele Betroffene von Fahrraddiebstählen trauen der Polizei, nicht zuletzt aufgrund der niedrigen Aufklärungsquote bei der Aufklärung von Fahrraddiebstählen, immer weniger zu. Längst nicht jedes Diebstahlopfers erstattet Anzeige. Stattdessen suchen Tausende ihre verschwundenen Räder auf eigene Faust mit Steckbriefen auf Internetseiten wie „fahrrad-gestohlen.de“ oder auf Facebook-Seiten wie „Stolen Bikes Berlin“.

Wird ein Diebstahl angezeigt, fehlen häufig die für das Gelingen der Ermittlungen erforderlichen grundlegenden Daten (insbesondere fahndungsgerechte Rahmennummern), trotz verstärkter Aufklärungsaktionen der Berliner Polizei in den letzten Jahren. Neben der Verfolgung von Diebstahlsdelikten sind oftmals fehlende sichere Abstellmöglichkeiten ein Problem. Daher sollte in der Konzeptionierung städtebaulicher Kriminalprävention verstärkt darauf hingewirkt werden, dass neben Abstellbügeln mehr Fahrradboxen oder Fahrradparkhäuser geschaffen werden und dass Abstellanlagen durch gute Beleuchtung und freie Sichtachsen die Gelegenheit zum Fahrraddiebstahl erschweren.

Berlin, 13. Juni 2023

Jarasch      Graf      Franco  
und die übrigen Mitglieder  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen